

Rheinische Volkszeitung

Wiesbadener Volksblatt

Telegr.-Adr.: Volkszeitung Wiesbaden

Montag

22
November

Fernsprecher: 6030 Amt Wiesbaden

Mit religiösem Sonntagsblatt

Die Rheinische Volkszeitung erscheint täglich vormittags 11 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen, in Wiesbaden, Friedrichstraße 36. Zwei Geschäftsstellen in Oestrich (Otto Etienne), Marktstraße 9 und Eltville (B. Fabius Witte), Ecke Gutenberg- und Taunusstraße.
Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Hauptredakteur Dr. phil. Franz Geueke; für den anderen redaktionellen Teil: Julius Etienne-Oestrich; für Geschäftsliches und den Anzeigenteil: H. J. Dahmen; Verlag: Hermann Rauch in Wiesbaden.

Bezugspreis für das Vierteljahr 18.50 Mk., für den Monat 4.50 Mk., frei ins Haus; durch die Post für das Vierteljahr 12.— Mk., monatlich 4.— Mk. ohne Postgeld; Anzeigenpreis: 1 Mark für die achtspaltige Colonnette oder deren Raum, für ausw. Anzeigen 1.50 Mk., Reklamezeile 5.— Mk.; bei Wiederholungen entsprechender Nachlässe. Schluss der Anzeigen: Annahme: Für größere Anzeigen Vorabend 4 Uhr, für kleinere Anzeigen Vorabend 6 Uhr. — Postfach: Konto: Nr. 1632 Frankfurt a. M. und Nr. 80,723 Köln a. Rh.

38. Jahrgang

Regierung, Reichstag und Sozialisierung

Wrangels Glück und Ende

R. V. Der russische General Wrangel, der sich zum Ziel gesetzt hatte, den Bolschewismus zu vernichten und durch eine gemäßigte Demokratie zu ersetzen, hat eine gewaltige Niederlage erlitten. Noch vor wenigen Wochen schien es, als ob er wirklich in Russland geordnete Zustände schaffen würde. Die Bolschewisten zogen sich fluchtartig zurück. In den inneren Schwierigkeiten der äußeren Bedrohung — das mußte der bolschewistische Diktator den Rest geben. Ueber Nacht wandte sich das Kriegsglück. Die Front Wrangels wurde durchbrochen, es gab einen panikartigen Rückzug nach der Krim, wo sich dann die Truppen einschiffen, um vorerst nach Konstantinopel zu gehen. Wrangel ist damit von dem gleichen Schicksal betroffen worden, das schon vorher mehrere andere Generale erreicht hatte. Wenn auch verschiedene russische Organisationen, die der Arme Wrangel nahestanden, beschloßen haben, den Kampf gegen den Bolschewismus fortzusetzen und Wrangel weiterhin als Führer in diesem Kampfe anzusehen, so wird man doch solchen Beschlüssen wenig Bedeutung beilegen. Es scheint in der Tat, als ob der Bolschewismus durch Waffengewalt nicht klein zu bekommen sei. Hinter Lenin und Trotzki stehen nicht nur die roten Armeen, sondern auch die Bauern, die 80-90 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Die Bauern haben am Tage des Umsturzes das Land, das sie als Pächter bestellten, zum Eigentum erhalten und lassen sich nun bei jeder Gelegenheit damit einlassen, daß man ihnen erzählt, die Revolution wolle die alten Grundbesitzverhältnisse wiederherstellen. So merkwürdig es klingen mag, aber es ist so: Die Bolschewisten haben ihre Macht befestigt, indem sie den Massen Eigentum gaben. Um das Eigentum nicht zu verlieren, sind die Massen für die Aufrechterhaltung des heutigen Zustandes, auch wenn sie darunter bitter zu leiden haben. Angesichts dieser Lage wird die Aktion eines Generals, auch wenn sie vom Auslande unterstützt wird, wie das bei Wrangel geschah, kaum Aussicht haben. Nur ein vereintes Zusammengehen der europäischen Großmächte würde die Diktatur der Sowjets zur Strecke bringen. Aber mit einem solchen Vorgehen ist nicht zu rechnen. Man will sich in die inneren Verhältnisse fremder Länder nicht einmischen, man verfolgt auch vielmehr Nebenziele. Dabei übersehen wir aber, daß Russland nur gerettet werden kann, wenn die Gewalt Herrschaft ausübt. Und man übersehen ferner, daß eine Gesundung Europas so lange unmöglich ist, als die östliche Hälfte sich in diesem Chaos befindet. Jedenfalls bleibt Russland für die nächste Zeit das Rätsel der Welt, man weiß nicht, wie es gelöst werden soll. Nach dem Siege über den äußeren Feind ist die Stellung der Machthaber auch im Innern zweifellos erheblich befestigt.

Außenpolitische Rückwirkungen sind nun unvermeidlich. In großen Arbeiterversammlungen hat Lenin vor kurzem erklärt, man hätte den lauten Frieden mit Polen schließen müssen, um die Hände gegen Wrangel frei zu bekommen. Bei Wrangel erledigt, dann würde man mit Polen einen Vertrag schließen. Man kann kaum annehmen, daß Lenin mit diesen Worten die Wogen der des Friedens mit Polen unzufriedenen Massen befähigen wollte. Er hat das ausgesprochen, was er im Inneren seines Herzens dachte: Nun könnte es im Westen wieder losgehen. Nach Meldungen aus Warschau sind 80 russische Divisionen aus dem Süden nach der polnischen Grenze gebracht worden. In ganz Polen hat die Niederlage Wrangels große Unruhe hervorgerufen, man macht sich auf alles gefaßt. Ein Kriegsgrund wird so leicht gefunden. Und schon hat die Sowjetregierung mit, daß die polnischen Truppen gegen Ausland rufen, daß sie den Friedensvertrag verließen, daß infolgedessen die Massen gerufen seien, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Es stünde also für beide Seiten nichts im Wege, wieder einen fruchtlosen Krieg einzuleiten. Ob es schon heute dazu kommt, ist freilich eine andere Frage. Denn an der polnisch-russischen Grenze haben sich Schnee und Eis aufhäufend und Wälder gelegt. Da hat ein Heer mit seinen Schwierigkeiten zu kämpfen. Es ist möglich, daß die Russen aus diesem Grunde mit der Fortführung der Feindseligkeiten warten. Jedenfalls haben sie den festen Willen, Polen eine kräftige Züchtigung zu verabreichen. Sie wollen das einmal, um Ruhe für den jüngsten Friedensvertrag zu nehmen, sie wollen es zweitens, um einen Schritt vorwärts auf dem Wege der Weltrevolution zu geben. Daß das Ziel der Weltrevolution noch nicht begraben ist, wissen wir aus vielen Kundgebungen der Sowjetbehörden. Gewiß ist eine nicht so schnell, wie man ehemals dachte, die Welt wurde nicht im Sturmsturm erobert, darum acht man jetzt etappenweise vor. Die erste Aufgabe bildet Polen. Das bolschewistische Russland muß die Erhaltung eines nationalen Bestandes vorbedacht und sieht sich durch seinen westlichen Nachbar gefährdet. Auch die russischen Bolschewisten wollen keinen Pufferstaat zwischen sich und Deutschland, Polen soll ein Teil des russischen Reiches sein. Andererseits greift Polen nach Aufwärts hinüber, Gebiete, die ihm im Friedensvertrag zugesprochen wurden, werden lebhaft begehrt. Gegenwärtig im Osten bleibt darum bestehen, erleben sehr eine Ruhe vor dem Sturm, wir

sehen, wie auf beiden Seiten gerüstet wird, um die gesteckten Ziele zu erreichen.

Damit befinden die Gefahren in unverminderter Stärke für Deutschland fort. In unserem Interesse hätte es zweifellos gelegen, wenn General Wrangel der Diktatur ein Ende zu bereiten imstande gewesen wäre. Für den deutschen Wiederaufbau gebrauchten wir die wirtschaftliche Verbindung mit Russland. Die Bolschewisten aber wollen keine Verständigung, ganz abgesehen davon, daß sie ja nichts zu bieten haben. Solange sie die Kräfte schwingen, wird Russland zur Ausfuhr nicht in der Lage sein. Ein Erfolg Wrangels wäre auch um deswillen für uns sehr erfreulich gewesen, weil er von uns die kommunistische Gefahr hinweggenommen hätte. Solange die Bolschewisten am Ruder sind, werden sie immer wieder versuchen, in anderen Ländern Eroberungen zu machen. Deutschlands finanzielle und wirtschaftliche Lage laden sie zu neuen Versuchen. Demgegenüber haben wir auf der Hut zu sein. Heute vermag niemand zu sagen, wie das kommunistische Experiment in Russland ausgeht. Gewisse Russlandkenner haben uns gesagt, daß diese Diktatur ein, höchstens zwei-Jahre dauern würde. Nun sind mehr als drei Jahre vergangen. Lenin und Trotzki regieren schon im vierten Jahre. Unmöglich ist es, einen Termin für das Ende der Sowjetwirtschaft festzusetzen. Abgemessen haben die kommunistischen Machthaber schon längst. Aber sie kümmern sich nicht um die Not des Volkes, sie wollen lieber 75 Prozent der Bevölkerung verhungern lassen als abtreten. Mit diesen Tatsachen müssen wir rechnen. Deutschland hat sich darauf einzurichten, daß die Bolschewisten noch lange Zeit am Ruder sind. Ihre politische und militärische Stärke haben sie in dem Kampfe gegen Wrangel bewiesen. Kommt dann der Zusammenbruch früher, als wir erwartet haben, um so besser für die Russen, für Deutschland und Europa.

Deutscher Reichstag

Berlin, 20. November.
Der Reichstag trat heute in die Beratung der von der Sozialdemokratie in bewußt agitatorischer Weise eingebrachten Interpellation über die Sozialisierung des Bergbaus ein. Die Sozialdemokratie wußte selbstverständlich von vornherein, daß die Regierung, solange die Sachverständigen des Kohlenbergbaus, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, über eine Verständigung beraten, nicht über die Höhe dieser Sachverständigen hinweg von sich auf die Kante der Befehlsgewalt drücken kann. Infolgedessen war auch die Begründung der Interpellation durch den Sozialdemokraten Völler, der selbst Mitglied des Reichstages ist, nicht auf einen besonders zuverlässigen, vom moralischen Rechtsbewußtsein getragenen Ton gestimmt. Sie glied vielmehr in ihrer Modulation und ihrem Rhythmus einer Schumannschen Träumerie. Im Eingang wurde natürlich auf die verschiedenen Erklärungen der Regierung hingewiesen, die in mehr oder weniger veränderter Form die Bereitwilligkeit zur Sozialisierung ausgesprochen haben und im Anschluß daran eine klipp und klare Erklärung gefordert, wie die Dinge nun eigentlich stünden. V. V. der Bergarbeiter kündigte an, daß die Forderung der Sozialisierung und der Überführung der Bodenschätze in den Besitz und unter die Aufsicht der Allgemeinheit. Der Redner gab verständigerweise zu, daß eine Sozialisierung nur im organischen Aufbau erfolgen könne und ohne Einschränkung der Produktion. Wenn auch die Frage nicht leicht sei, so müsse man doch von der Regierung verlangen, daß sie, nachdem ihr langes Zögern jetzt unerträglich geworden sei, eine klare Stellung einnehme.

Nach dem Interpellanten ergriff sofort der Reichswirtschaftsminister Scholz das Wort und führte unter großer Aufmerksamkeit des Hauses, die anwesenden Vertreter sich fast sämtlich vor dem Rednerpult versammelt hatten, aus: Die Reichsregierung wird gemäß den Ausführungen des Reichstages vom 27. Oktober dieses Jahres einen Gegenschritt über die gemeinwirtschaftliche Regelung des Kohlenbergbaus mit größtmöglicher Beschleunigung den gesetzgebenden Körperschaften vorlegen. Im gegenwärtigen Augenblick sind die Beratungen der berufenen Sachverständigen des vorläufigen Reichswirtschaftsrats und des Reichskohlenrats über die Grundform dieses Entwurfs noch nicht abgeschlossen. Vielmehr ist, wie bekannt, in den letzten Tagen die ursprünglich nur aus Vertretern des Kohlenbergbaus bestehende Verständigungskommission durch weitere Sachverständige der übrigen Berufsgruppen ergänzt worden, um endgültig eine gemeinsame Grundlage für diese entscheidende Frage der Neuordnung unseres Wirtschaftslebens zu finden. Die Kommission beabsichtigt, ihre Verhandlungen am 1. Dezember dieses Jahres aufzunehmen. Solange die berufenen Sachverständigenvertretungen noch in ausgiebigen Verhandlungen über einheitliche, aus gemeinsamer Verständigung hervorgegangene Richtlinien beraten, denen angesichts der Bedeutung der zu lösenden Aufgabe die größte Wichtigkeit beizumessen ist, wäre es eine nicht genügende Beachtung des Wertes sachmännischer Mitarbeit der produktiven Kräfte, wenn die Reichsregierung schon jetzt einen endgültigen Beschluß

über den Inhalt des Gesetzes geben oder eine Mitteilung über dessen Richtlinien machen wollte.

In der Besprechung der Interpellation erhielt zunächst der Zentrumsgesandte Völler das Wort. Er sagte sich kurz und bündig, indem er sich mit den Ausführungen des Ministers einverstanden erklärte und darüber hinaus die Regierung lebhaft ermahnte, falls die Arbeit der Sachverständigenkommission zu lange dauere, ihrerseits selbständig eine Vorlage dem Reichstag zu machen. Der deutsch-nationale Sprecher Leopold Leuninger erklärte die Interpellation als einen Akt der Propaganda und der Agitation.

Die Kürze der Antworten, die dem sozialdemokratischen Agitationsbedürfnis vom Reichswirtschaftsminister, vom Zentrum, von der Bayerischen Volkspartei und von den Demokraten zuteil wurde, wirkte in ihrer lapidaren Schlagkraft geradezu überwältigend.

Teilnahme der Eltern am Schulunterricht

Berlin, 21. Nov. Der preussische Unterrichtsminister Dänisch hat dieser Tage einen Erlass herausgegeben, der sich mit der Teilnahme der Eltern an dem Unterricht derjenigen Schulklassen befaßt, in denen ihre Kinder unterrichtet werden. Der Erlass bestimmt, daß Lehrern und Lehrerinnen an öffentlichen Volks- und mittleren Schulen, die im Inbegriff der Eltern ein zweckdienliches Mittel erblicken, die Erziehungs- und Unterrichtsarbeit, namentlich auch das Zusammenwirken von Schule und Elternhaus zu fördern, Hindernisse nicht in den Weg gelegt werden. Die Voraussetzungen dafür soll sein, daß der Schulunterricht nicht gefährdet wird. Ueber die Erfahrungen, die mit der Zulassung von Eltern zum Unterricht gemacht wurden, soll von den Provinzial-Schulkollegien berichtet werden. In einem einzelnen Falle hat das Unterrichtsministerium entschieden, daß Beschlüsse eines Elternrates über die Herabsetzung des Stundenplans über seine Zuständigkeit hinausgehen. Änderungen in Bezug auf den Religionsunterricht können nach den geltenden Gesetzen, die auf Grund des Artikels 174 der Reichsverfassung in Kraft bleiben müssen, nur im Einvernehmen mit den kirchlichen Behörden

getroffen werden. Solche Vereinbarungen können auch nur für den ganzen Staat eingeleitet werden.

Der Religionsunterricht in Sachsen

Dresden, 21. Nov. Das Reichsgericht hat entschieden, daß die Bestimmung des sächsischen Ubergangsgesetzes, nach der kein Religionsunterricht in den Volksschulen mehr erteilt werden soll, gegen die Reichsverfassung verstößt. Der Religionsunterricht muß also wieder erteilt werden.

Aus der Münchener Kommunalpolitik

München, 21. Nov. Um die knappe sozialistische Mehrheit im Münchener Gemeinderat zu brechen, hatte der Münchener Bürgererrat Ende Oktober mit 94 000 gültigen Unterschriften ein Volksbegehren für Gemeinderatsneuwahlen beantragt. Das Volksbegehren ist nunmehr auf den 12. Dezember anberaumt worden. Ergibt es die erforderliche Zahl von 200 000 Stimmen für Neuwahlen, so werden diese Mitte Januar stattfinden.

Berlin, 21. Nov. (Volks.) Die der „Volks-Anzeiger“ meldet, hat sich gestern in Luzern die Ältste Tochter des Königs Konstantin, Deiene, mit dem rumänischen Thronfolger Carol verlobt.

Zur Ortskrankenkassenwahl

Wiesbaden, 22. Nov. Die gekürzten Wahlen zur Allgem. Ortskrankenkasse endigten mit einem Sieg der bürgerlichen Parteien, die nicht nur ihren alten Bestand zu wahren, sondern die Zahl ihrer Mandate um 1 oder 2 Stimmen zu vermindern wählten. Es wurden gewählt: Arbeiter: bürgerliche Parteien: 29, soziald. Partei: 1, Arbeitnehmer: bis jetzt 29, soziald. Partei: 28. Die endgültige Feststellung erfolgt heute Abend.

Der Kongreß der christlichen Gewerkschaften

Die Gründung einer neuen Partei

Offen, 21. Nov. Auf historischem Boden, an der Geburtsstätte der christlichen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, traten gestern die christlichen Gewerkschaften an ihrer zehnten Tagung zusammen. Ursprünglich wurde der Kongreß jedes dritte Jahr abgehalten. Krieg und Revolution verursachten eine längere Pause. Die christlichen Gewerkschaften zählen heute rund 1 1/2 Millionen Mitglieder; sie sind mit dem Gesamtverband der Angestelltenvereine zu einem großen Zentralverband zusammengeschlossen, zum Deutschen Gewerkschaftsbund, der jetzt über zwei Millionen Mitglieder zählt. Diese Verbände werden in Zukunft ihre Beratungen zusammen abhalten. Heute sind mehr als zehn Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte gewerkschaftlich organisiert. Gegenüber den im sozialdemokratischen Geist arbeitenden freien Gewerkschaften mit ca. 7 1/2 Mill. Mitgliedern spielen sie eine große Rolle, und da sich in den letzten acht Jahren umwälzende Veränderungen auf sozialem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet vollzogen haben, darf man dem Offener Kongreß der christlichen Gewerkschaften mit Interesse entgegensehen. Die Beteiligung ist außerordentlich stark. Vertreter sind u. a. die Reichsleitung durch den Reichsarbeitsminister Dr. Braun, einen Vorläufer für die christliche Arbeiterbewegung, das Reichswirtschaftsministerium, die Stadt Offen, das internationale Arbeitsamt in Genf, der internationale christliche Gewerkschaftsbund durch seinen Vorsitzenden Scherer, St. Gallen, die römisch-katholischen Pastoralvereine in Holland, die christlichen Gewerkschaften Englands und Österreichs. Als vornehmste Aufgabe des Kongresses, der zum dritten Male in der Stadt der Arbeit, der Stadt der Röhre und des Eisens tagt, bezeichnet das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften die Befreiung der großen Zukunftsaufgabe der christlichen Gewerkschaftsbewegung: man wolle Gutes setzen für die deutsche Arbeiterkraft und für das ganze deutsche Volk und nicht der unfruchtbaren Vermehrung dienen.

Diese Gedanken unterstrich der Minister für Volkswirtschaft Stegerwald, der langjährige Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, in seiner Eröffnungsansprache. Er erinnerte an den Gewerkschaftsakt im katholischen Lager, der Jahre lang im Mittelpunkt des politischen Lebens stand, aber im heutigen Licht der allgemeinen Verhältnisse betrachtet, als eine kleine Sache erscheine. Weiter führte der Minister nach einem Hinweis auf die bühnenmäßige, politische und finanzielle Lage Deutschlands aus, daß sich die deutsche Arbeiterkraft, die man jahrelanglang von dem ihr gebührenden Platz ferngehalten, auf den ersten Platz gestellt sei. Da dränge sich die große Frage auf, ob die deutsche Arbeiterkraft auf demselben und schmerzhaften Wege, um die ihr zukommende Aufgabe zu lösen. Er erwartete man von dem jetzigen Kongreß, daß er klare Wege in die Zukunft wolle und Quadersteine für den Wiederaufbau Deutschlands ankomme. „Was dieser Kongreß“ — schloß Stegerwald unter allgemeiner Zustimmung — „eine entscheidende Wendung in Deutschland herbeiführen insofern, als er den kleinsten Schritt der Parteien zurückdrängt und die Blicke auf das eine Ziel lenkt, wie nämlich dem deutschen Volk wieder aus dem Elend unserer Tage geholfen werden kann.“

Zum ersten Vorsitzenden des 10. Kongresses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands wurde gewählt: der Minister für Volkswirtschaft Stegerwald, und als stellvertretenden Vorsitzenden die Reichstagsabgeordnete Ambuhl (Gewerkschaft der Arbeitervereine), Weber (christlicher Metallarbeiterverband), und Webers (Zentralverband der Rand-, Hohl- und Feinblecharbeiter). In der Nachmittagsitzung übertrug der Vorsitzende der Gesellschaft für soziale Reform, Professor Brande,

die Glückwünsche seiner Gesellschaft und die des Ehrenvorsitzenden, Herrn v. Berlepsch. Er hob hervor, daß die Gesellschaft für soziale Reform und die christlichen Gewerkschaften von Anfang an gute Freunde gewesen seien, und verpfaßte, den christlichen Gewerkschaften Treue zu halten. Den Gewerkschaften solle beim Wiederaufbau Deutschlands eine ganz besondere große Aufgabe zu. Die Gewerkschaften seien die Stützen und die Helfer des neuen Deutschlands. Besonders die christlichen Gewerkschaften müßten auf Grund ihrer Weltanschauung für den sozialen Ausgleich arbeiten. An Herrn v. Berlepsch, der, wie der Vorsitzende wieder, bemerkte, als Minister über sein soziales Panner gekürzt sei, wurde ein Telegramm gesandt.

Heute sprach Staatsminister Stegerwald über das Thema: „Die christlich-nationale Arbeiterschaft und die Lebensfragen des deutschen Volkes“, u. a. sagte er:

Zum Wiederaufbau des Vaterlandes müßten im Sinne einer konstanten äußeren und inneren Politik die vaterländisch, christlich, vollständig und wahrhaft sozial denkenden Kreise aus allen Volksschichten zusammengeführt werden, auch parlamentarisch. Angesichts der Notwendigkeit, das ganze öffentliche Leben mit einem wahrhaft christlichen Geiste zu durchdringen, sei für die christliche Arbeiterbewegung das gegenwärtige Parteiensystem unerträglich. Der Redner begründete dies in einzelnen und meist die unheilvollen Wirkungen der parteipolitischen Zersplitterung und des dadurch notwendig gewordenen Koalitionssystems in den schwärzesten Farben. Die Forderung, die der Redner hieraus zieht, ist die Schaffung einer großen gemäßigten Volkspartei auf christlicher und nationaler Grundlage. Die Scheidung zwischen Katholiken und Protestanten müsse auf parteipolitischem Gebiet aufhören. Unbedingt müsse die neue Partei ein entschiedenes demokratisches und soziales Gepräge tragen. Von der Sozialdemokratie könne die parteipolitische Gefährdung nicht ausgehen; der Sozialismus befände sich zwar in einer schweren inneren Krise, aber die Partei sei nicht imstande, sich von den Fesseln ihrer Vergangenheit zu befreien. Stegerwald appelliert deshalb an die christlichen Gewerkschaften, für die es unerträglich sei, daß gegenwärtig die Mittel dieser Gewerkschaften auf Koalitions- und Oppositionsparteien verteilt seien, daß ferner in einer und derselben Partei Gewerkschaftler und Weisse lägen. (Stürmischer Beifall.) Auch die christlichen Gewerkschaften brauchten einen festen parteipolitischen Rückhalt. Eine neue Klassenpartei solle damit nicht vertreten werden. Was wir brauchten, sei eine Volkspartei, die alle sammelte, die auf dem Boden der alten deutschen christlichen Volkstugenden standen und deren Kerngedanken in die Worte gefaßt werden könnten: deutsch, christlich, demokratisch, sozial. Der Redner gelangt am Schluß zu folgenden praktischen Vorschlägen: Einsetzung eines parlamentarischen Aktionskomitees zur Zulassungsführung gleichnamiger Kräfte; Schaffung einer führenden Tageszeitung; Gründung einer deutschen Volksbank, die die wirtschaftlichen Kräfte der christlich-nationalen Arbeiter, Angestellten, Beamten und der sonstigen ihnen nahestehenden Kreise zur Geltung bringen soll. (Stürmischer, nicht endender Beifall.)

In der Nachmittagsitzung erklärten die Gesamtverbände der Angestelltenvereine und Beamtenvereine, daß sie auf dem Boden der von Stegerwald entwickelten Richtlinien ständen. In das parlamentarische Komitee, das alle deutschchristlich, demokratisch und sozial gesinnten Volkstugenden aus einflussreichen parteipolitischen Kreisen zusammenführen soll, wurden gewählt: Minister Stegerwald und Webers, Webers, Fr. Webers, Webers, Ambuhl, Schirmer, Erling, Gutzert, Andre, Koch-Essen, Trauer, Tremmel, Waltrich-Berlin, Fr. Teufel und Otto.

Hirtenbrief

Beitr. Volksernährung
Gefährdete Dörfchen!

Wie manche es richtig vorausgesehen haben, hat nach Wegfall der Zwangsverteilung auf neue eine schändliche Preistreibe für die Kartoffeln, also für ein die Gesamtheit unentbehrliches Nahrungsmittel, eingesetzt. Diefelbe ist besonders von dem Zwischenhandel berufsmäßiger Händler, welche große Massen von Nahrungsmitteln nach auswärtig schleppen, veranlaßt, hat aber leider Gottes in dem tief in alle Bevölkerungsschichten eingedrungenen Hungergeist und der Geldgier einen ergiebigen Boden gefunden. Landwirte hatten vielfach die Kartoffeln zurück in der Hoffnung, später dafür einen höheren Preis zu erzielen oder sie fordern jetzt schon Preise, die nicht als gerecht und erlaubt bezeichnet werden können. Die dadurch herbeigeführte Not der ärmeren Volksklassen und der so wie so schon unterernährten Kinder macht es mir zur Pflicht, vor solchem Treiben öffentlich zu warnen.

Es wäre sehr zu begrüßen, wenn die Staatsgewalt allen Händlern und Volkshändlern mit den strengsten Strafen entgegenkäme. Doch, meine lieben Landleute, mit professionmäßigen Händlern und Händlern nicht ein und fürstlich jedes ungerechte Gut, das Euch und Eurer Familie doch nur Glück und Unheil bringen wird. Verlasst nicht Eurer Mitarbeit an der Versorgung der Bevölkerung in den Städten mit den notwendigen Lebensmitteln und begnügt Euch mit dem geringsten Höchstpreis. Folget dem räuberischen Beispiel so vieler Landgemeinden und Landleute, welche freiwillig an Arme, an Wohltätigkeitsanstalten und an Händler, die oft billiger Not leiden, Lebensmittel zu einem geringeren Preise abgeben haben. Daran, hat Gott sein Wohlgefallen! (Hebr. 13, 16) und das gerechte Gut bei allen Rechtstendenzen zur Ehre.

Der Lebensmittel zurückhält in der Hoffnung, daß ihr später höhere Preise abgeben werden, wer nicht zu verkaufen hat, solange er nur auf die geschätzten oder üblichen Preise rechnen kann, wohl aber, wenn ihm ein Mehrfaches dieser Preise geboten wird, der müßt die Not des Nächsten zum eigenen Vorteil aus, der treibt mit andern Worten Hunger. Und er kann sich damit nicht entschuldigen, die hohen Preise seien ihm freiwillig geboten worden, denn tatsächlich würden sie nicht angeboten werden, wenn alle Landleute ihre Erzeugnisse zu einem gerechten Preise veräußerten. Erwägt das Wort der hl. Schrift: Wer Korn zurückhält — und dasselbe gilt von jedem für das Volkswohl notwendigen Nahrungsmittel — wird vom Volke verflucht. Sehen aber kommt auf das Haupt derer, die es zu Markt bringen. (Spr. 11, 26). Im Krieges hat ihr, meine lieben Landleute, so viele Beweise Eures Wohlwollens für die Notwendigkeit des Gemeinwohlstandes und der christlichen Nächstenliebe gegeben, obwohl ihr in Eurer Verneinung mit hundert Pfennigen gehandelt und dadurch vergrößert waret. Ihr habt unter eigenen Dächern Lebensmittel für die Schwerarbeiter und für die ärmere Bevölkerung geliefert und in dazwischengelegter Liebe arme Stadtbürger bei Euch aufgenommen. Das war der rechte Geist; den bewahrt! Versteht Eurer Hände nicht mit ungerechten Gütern und gebet gerne den Notleidenden von dem Überflusse, mit dem Gott Euch gesegnet hat, ein wenig der Barmherzigkeit: Wer sich des Armen erbarmt, der lehnt dem Herrn. (Spr. 19, 17). Gewiß, gerechte Preise müßt ihr haben, aber darüber dürft ihr nicht hinausgehen. Es ist ja richtig, daß die Einkünfte anderer Klassen auch beträchtlich gestiegen und die Lebenshaltungskosten Eurer Güter gewaltig gewachsen sind, und darum ist eine entsprechende Erhöhung der Preise für Euer Erzeugnis auch angemessen. Aber vergesst nicht, daß es gerade in den Städten auch Ungezählte gibt, deren Einkommen nicht erhöht, vielleicht sogar durch herbe Schicksalsschläge vermindert worden ist. Denkt an die vielen alten kleinen Rentner, die, weil sie mit ihren Rente von der herrschenden Teuerung nicht auskommen, ihr Kapital angreifen müssen und mit Schrecken an die Zukunft denken. Niemand nimmt sich dieser Armen an, die der Elfe so dringend bedürfen und doch es nicht über's Herz bringen, Almosen zu betteln. Helft ihnen, wenigstens solange, als der Staat sich ihrer nicht annimmt. In Zeiten so großer Not, wie wir sie jetzt durchleben, da müssen wir recht großen Gemeinschaftssinn haben: alle miteinander fühlen und für einander eintreten und sorgen.

Die Städte oder warne ich, die in schwerer Arbeit von morgens früh bis abends spät für die abwesenden Landleute durch den allgemein gehaltenen Vorwurf des Hungers oder durch Drohung mit Gewalt oder durch das schändliche Beispiel maßloser Genuß- und Vergnügungssucht noch mehr zu leiden und zu erbittern. Ein freundliches, die Arbeit und Sorge des Landmannes würdigendes Wort wird eher bei ihm eintreffen und einen guten Fort finden. Dr. Augustinus, Bischof von Sibirg.

Sozialisierung oder Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer?

Von Bürgermeister Pöppelger-Camberg.

Wenn Deutschlands so blühend gemeines Wirtschaftliches Leben in dem Chaos der letzten schlimmen Zeitläufte erloschen sollte, wie es fast den Anschein hat, so wird man demnach vornehmlich Kapitalismus und Arbeiterorganisation dafür dachen müssen. Und nun leben eben unter unermesslichen deutschen Ideologen im Begriffe, diese vorhandenen Todeskeime durch sog. Sozialisierung erlöschen zu bereinigen. Sie wollen und dabei sogar glaubhaft machen, maßgebende Teile unserer Arbeiterchaft hielten sich trotz ihrer allen anderen Kreisen gleich schwierigen Lebenslage für befriedigt, wenn aus der Verwirklichung der Idee nur das Staatsgange profitierte. Diese Annahme steht gegen alle bisherigen Erfahrungen unserer rein egoistischen Selbstverhältnisse und übersteht vor allem den tieferen Grund der betr. Agitation, den unalten Gegensatz und Kampf zwischen Besitzenden und Besitzlosen. Dieser Gegensatz läßt sich nicht mittels Maßnahmen, die schließlich nur schädliche und hemmende Formen sein werden, sondern nur durch die Förderung von Kapitalbildung zugunsten auch der kleinen Erzeugnisse beseitigen. Es aber erfahrungsgemäß das notwendige Einkommen dafür noch lange nicht eine Kapitalbildung garantiert, so ist das Problem maßgebend nur zu lösen durch Einführung einer Sparpflicht, zu deren Erfüllung jedoch vorerst die notwendigen realen Faktoren beigebracht werden müssen.

Dieser Idee kommt entgegen ein Vorschlag des Generaldirektors Silberberg im Sozialisierungs-ausschuss des Reichswirtschaftsrates und Reichs-kohlenrates, der statt der Sozialisierung eine Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer an den betr. Betrieben vorschlägt. Eine Gewinnbeteiligung ohne diese Unterlage lehnt der Gewerkschaft ab und das mit Recht, denn die allein genommen, ist nach allen bisherigen Erfahrungen keine Befriedigung der Arbeiter; sie ist immer als verflämterter, vorerst entzogener Lohnanspruch angesehen worden. Können wir uns nun demgemäß hinsichtlich der Großindustrie, und diese allein befragt, ja nur die Sozialisierungs-Idee und kommt für sie praktisch auch nur in Betracht, allgemeine obligatorisch zu dem Jugendschulung und zu der Vermittlung einer Kapitalbeteiligung aller Arbeiter vom 20. Lebensjahre ab mit 5000 A in Aktien, an sie abgabepflichtig zum Nominalbetrage ohne Vorkaufszahlung, entfallen und weiter zu einer Sperrung dieses Kapitals einschließlich Dividenden und Zinsung bis zum 60. Lebensjahre bzw. bis zum Tage einer vorläufiglich dauernden Aufgabe des betr. Arbeitsverhältnisses, so ergäbe sich daraus schon mit 5% laufendem Zins folgendes Kapitalanammung:

Lebensjahr	Einlage in A	Zins in A	Kapitalsumme in A
20	5000	—	5000
25	303,87	6391,39	8395,26
30	37,93	8144,43	13142,43
40	631,73	13266,35	24209,51
50	1029,67	21621,87	46851,45
60	1677,11	85219,37	133700,93

Höher Erträge unserer auf geleiteten Unternehmen, 10, 20, 30%, sind jedoch nicht selten, so daß in vielen, ja in den meisten Fällen, eine Verdoppelung und sogar eine Verdreifung der vorher errechneten Summen, also reichlich vorzusehende Vermögen an die Beteiligten, sich ermöglichen. Im Rahmen der gefunden Gedanken der Sozialisierungs-Idee dürfte dadurch erreicht werden: 1. Der Arbeitnehmer ist damit normal den betr. Geschäftsstatuten, einmal mitbestimmend bei der Betriebsverwaltung und Entwicklung (Teilnahme am Aufsichtsrat) als Ersatz für den heutigen hemmenden Betriebsrat und zum anderen nun interessiert an der Erzielung eines größtmöglichen Gewinnersatzes, da er als Kapitalist, der er in diesem Falle sein würde, persönl. entsprechender Interesse geworden ist. 2. Das würde die Arbeitslust erheblich steigern und jedem Stimulanzium (auf Kraftstoff pp.) nachdrücklich begegnen, also das erfüllen, was der Zeit eben mangelt.

Es gilt nun an erster Stelle, die wichtigste Frage der Ausföhrung des erforderlichen Anlagekapitals einer, für den meist bis dahin kapitallosen Arbeiter einer möglichst leichten Lösung zuzuföhren, und das erscheint nicht erheblich schwer. Von dem Zeitpunkt, da der betreffende Aktienteil des vorher angegebenen oder nach Wahl anderen, geringeren oder höheren Nominalbetrages zugewiesen ist — der Vorkaufszahlung scheidet aus, da ja nur eine vorübergehende Geschäftsbeteiligung in Aussicht genommen ist, die ermöglicht, daß jeweils der Nachfolger in die gleichmäßige Teil- und Gewinnbeteiligung eintritt — die Aktien also mit der Kapitalbindung des vorstehenden Jahres als zu rückgeworben zugunsten des Unternehmers und der evtl. Vollerträge gelten sollen, würde der Bedachte

nach unter den Lebenden weilen, dann wäre ihnen sofort nach dem Tode meines Vaters zur Recht geworden. Aber ich glaubte Sie tot und Konstantin hat mich in diesem Glauben gelassen. Er hat seine Pflicht gegen Sie veräußert, Heinrich, hat das Versprechen nicht gehalten, das er Ihnen nach seiner verhängnisvollen Katastrophe gegeben. Legen Sie keinen zu strengen Maßstab an seine Schuld und vergeben Sie ihm. Er stand unter dem Banne seiner schweren Verschölung, der sein Pflichtgefühl einschlieferte. Das eben ist der Grund der bösen Tat, daß sie fortzuehend Böses muß geduldet!

„Ich große ihm nicht!“ erwiderte der Helmschlechte mit einer beschwichtigenden Geste. „Konstantin hat schließlich nicht anders gehandelt wie jeder andere gehandelt haben würde. Nachdem ich seine Schuld auf mich genommen — um Ihre Willen, Emilie — mußte ich auch die daraus entstehenden Folgen tragen. Lassen Sie alles, was geschehen und verflamt worden ist, begraben und vergessen sein! Der Gegenwart nur gehöre unser Streben und Denken. Nur das Eine begehre ich aus der Vergangenheit zu wissen, Emilie — wie hat sich Ihr Leben in den langen Jahren gestaltet? Sind Sie glücklich gewesen an der Seite des Vaters — zufrieden mit Ihrem Leben?“

In dem verschleierte Blick, den die schöne Frau auf den Fragenden richtete, lag fast etwas wie ein Vorwurf und mit einem leisen Seufzer erwiderte sie:

„Glücklich, Heinrich — das fragen Sie noch? Von dem, was nach meinem Begriffe Glück ist, konnte doch keine Rede sein, nachdem ich meine Liebe zum Opfer bringen mußte! Wenn Sie es Glück nennen, daß ich das Bewußtsein in mir trug, meine Kindespflicht erfüllt und meine Angehörigen vor dem Sturz von der Höhe bewahrt zu haben, dann war ich glücklich! Durch den Reichtum meines Vaters war ich den kleinlichen Sorgen des Lebens entrückt; alle Wünsche der Welt standen mir ungeschwächt zu Gebote und ich will nicht ungerecht sein — Mallow war das, was selbst die anspruchsvollste Frau einen Muttergatten nennen würde. Er hat mich auf den Händen getragen und mir jeden Wunsch an den Augen

den Schuldbetrag im Annuitätverfahren zu versinsen und abzutragen haben. Bei 5% Zinsen und 1% Abtrag wäre das Ganze dann mit 300 A jährlich etwa einem mittleren Verdienstebeitrag neuer Gründung gleich und die Zahlungen endeten damit sogar bereits mit dem 33. Beitragsjahre. Versteht man jedoch diese Leistung auf 40 Jahre, so daß deren Ende mit dem Zeitpunkt der Auszahlung der Ausparungen zusammenfallen würde, so ermäßigt sich die betr. Jahresaufwendung auf rund 247 A — 80 Wk. arbeitsschall. Im ganzen erfordert das eine Gesamtanzahlung von 9873 A gegen ein bei nur 5% Jahresgewinn bis zum 60. Lebensjahre schon gebildetes Kapital von 33219 A (siehe Rechnung vorher).

Es erübrigt sich nun noch einzeln zu diesem Vorschlag zu erwartenden Einwendungen zu befragen: 1. Zunächst wird man auf die Belastung der Gewinnschöpfung hinweisen, die in der bezügl. Kapitalverzehrung der betr. Industrien liegen, zumal der meist erwartbare Vorleistungswert bei dieser freien Belegung der Anteile hier ausfällt. Dazu mag erwidert sein, daß die bleibende Geldentwertung lebenslang unter allen Umständen allein noch allgem. Kapitalerhöhungen erfordert wird und daß bei der Menge des Bedarfs kaum ein erheblicher Ueberschuß erreicht werden wird. Ferner, daß der mit dem Plane angebotene und mit der Ausföhrung sichere befriedete Produktionsverlauf eine guten Ausdehnung auch für ein etwaiges Marktaufschwund der Werte verleiht. 2. Wird von der Arbeitslosigkeit aus demselben eine Beeinträchtigung der Arbeitslosigkeit beklagt. Auch dieser Einwand ist abzuweh, denn der Ueberschuß in einen anderen ähnlichen Großbetrieb läßt sich ohne Nachteil dadurch ermäßigen, daß deren Aufgabe des erworbenen Teilhabungsverhältnisses, Restkapital und Sparsumme dorthin übernommen werden, wie in gleicher Weise dann rückwärts wieder eine neue Verweisung möglich wird auf Grund des damit frei werdenden bezügl. Aktienanteils. Und nun kommt noch der Fall in Betracht, daß der Arbeiter in einen Kleinbetrieb eintreten will, der diese Kapitalbeteiligung nicht gewähren kann, oder daß er aus anderen zwinzenden Ursachen zur Aufgabe seines Arbeitsverhältnisses kommt (Unzufriedenheit, Berufswechsel). Hier kann der Weg gewählt werden, daß der Sparrbetrag abzüglich der Schuld ihm dann ausbezahlt wird. Selbstverständlich scheidet in diesen Fällen auch eine Aktienübertragung in Natura aus und es kommt nur eine Baranrechnung in Höhe des betr. Nominalbetrages in Betracht, gemäß der früheren Annahme.

Schließlich kann man diesen Vorschlägen entgegengehalten werden, sie bedeuten in ihrer Verwirklichung eine so einseitige große Bevorzugung der Großindustriearbeiter, so daß im Kleinergewerbe ein solch empfindlicher Arbeitermangel entstehen würde, der schließlich zu einer allgemeinen Beschäftigungslosigkeit führen würde. Dem mag zunächst entgegengeworfen werden, daß einerseits in Deutschland noch lange Arbeiterüberflus bestehen wird, andererseits aber auch bei der notwendigen Verringerung der Reichsindustrie über das soziale Versicherungswesen die Möglichkeit besteht, daß ähnlich ausgleichend zu wirken. (Einschließung gleicher einfacher Sparpflicht anstelle der heutigen komplizierten, unfruchtbaren Versicherung, die nur ausnahmsweise ein unfruchtbares Vermächtnis darstellt.) Vergleichbar am Ende auch danach noch kleine Härten und Unbequemlichkeiten, so erscheinen dieselben doch verhältnismäßig klein, gegen die andererseits erwartbare Erleichterung unseres schon schwerer anderer Belastung ausgefüllten industriellen Lebens, im Fortschrittismus einer schließlichen Sozialisierung bzw. Allgemeinbewirtschaftung.

Erzbergers Ansicht

„Berlin, 20. Nov. Die „Voll. Bl.“ schreiben: Im „Deutschen Volksblatt“, dem württembergischen Zentrumblatt, hat der Hrn. Erzberger neuerdings ein Sprachrohr gefunden. Dieser Tage hat das Blatt in auffallend klarer Form eine „Warnung an Bayern“ gedruckt, die sich gegen das Verhalten des Reichslandes in der Einwohnervermehrung wendet. Ihre Schärfe erklärte sich zum Teil aus der grimmigen Bitterkeit zwischen Erzberger und Deim. Ein neuer Artikel Erzbergers über Kritik an der politischen Aussprache im Reichstag. Die dabei hervorgehobene geistige Armut beharrte in weiten Kreisen die Aufklärung, daß Deutschland ganz ausföhrlos der völligen Verelendung und Auflösung entgegengehe, auch wenn das Schlimmste, der Bürgerkrieg, nicht eintreten sollte. Die direkt vor der Tür stehende Finanzkontrolle der Einnahme würde dem selbständigen Reiche ein Ende machen und es auf viele Jahre auf die Stufe von Ägypten und der Türkei herabsinken. Unter den Vorschlägen, womit diese Gefahr abgewendet werden könnte, nennt der Verfasser die Einführung einer allgem. meinen Arbeitspflicht und einer organisierten Wirtschaft auf berufsgenossenschaftlicher Grundlage.

abzulesen gesucht — Tausende haben mich gewiss um mein Los beneidet, aber das alles konnte mir nicht das volle ungetrübte Glückseligkeit geben, von welchem ich in der schönen Jugendzeit geträumt habe. Ich habe mich den Verhältnissen angepasst, bin meinem Mann eine aufmerksame treue Gattin gewesen und um meinem Leben Inhalt zu geben, bin ich Schriftstellerin geworden. Das wurde mir zum Segen. In dem Bestreben, Menschenschicksale zu schildern, die geheimsten Regungen des Seelenlebens klarzulegen und die von mir erdichteten Gestalten mit dem Hauch der Poesie zu umwehen, vergaß ich mein eigenes Geschick und ward bis zu einem gewissen Grade innerlich glücklich und zufrieden, als ich mit den Jahren der Erfolg einstellte. So flog mein Leben dahin — still und einsam, ohne aufregende Momente; abgeschlossen hielt ich mich von der Welt und den Menschen, denn was konnten mir Welt und Menschen bieten, nachdem ein grausames Geschick mir die Schwingen frohen Lebensmutes in der Jugend gedrohen hatte? Das ist meine Leidgeschichte, der ich nur noch hinzuzufügen habe, daß die Erinnerung an Sie und an Ihren Edelmut mir stets ein Heiligtum gewesen ist!

Eine lange Pause entstand, während welcher Heinrich Sebald schweigend vor sich niedersaß. Ein weicher Zug hatte sich auf seinem ernsten Gesicht eingestellt und leise mit dem Kopfe nickend, begann er endlich:

„Nichts anderes habe ich von Ihnen zu hören erwartet! Das wirkliche Leben gestaltet sich so ganz anders, wie wir es hoffen und wünschen. Wohl dem, der innere Stärke genug besitzt, sich seinen Wechseln anzupassen und seine Schwere zu ertragen! Ihr harter Geist hat Sie befähigt, zu überwinden und sich selbst eine neue Welt zu bauen.“

„Nach schweren inneren Kämpfen, Heinrich! Jährelang hat es gedauert, bis ich mich durchgerungen hatte — erst mit dem zunehmenden Alter schlangen die Stimmen, die verzweifelt nach dem entschwindenden Glück schrien!“

Und jetzt sind die Stimmen für immer verstummt, Emilie? fragte Heinrich Sebald, indem er rasch den Kopf erhob.

Die griechischen Wahlen

* London, 19. Nov. Der offenbar offiziellos informierte diplomatische Korrespondent des „Daily Chronicle“ teilt mit, daß König Konstantin zum zur Krönung geföhrlich gewesen sei, aber seit der Niederlage Deutschlands wenig Innehalt erweisen könne. Dies könnte bedeuten, daß die Aussicht auf einen Gewinn, daß die Rückkehr Konstantins ein nicht unerwünschter Anlaß wäre, um den türkischen Landgewinn Griechenlands zur Ausföhrung des mal Balkan zu bewegen, was Verhoffen in Bezug auf die Lage im Kaukasus eröffnen würde.

* Die Königin-Witwe Olga, die lebt bis zur Wölung der Königsfrone die Regentenschaft übernommen hat, ist die Mutter des Königs Konstantin und die Witwe des 1913 in Saloniki ermordeten Königs Georg I. Sie ist eine russische Großfürstin, Tochter des Großfürsten Konstantin Nikolajewitsch. Da sie nach dem Tode ihres Eufels, des jungen Königs Alexander, das einzige zurzeit in Athen verweilende Mitglied der königlichen Familie ist, erscheint sie als die geordnete Fluchhalterin der Dynastie, des Kaisers Holstein-Glücksburg, das seit 1863 den Thron von Griechenland inne hat.

* Berlin, 19. Nov. Nach vierwöchigen Tag Verhandlungen im deutschen Bundsratgewerbe verhandigten sich die Vertreter beider Parteien. Die Tarifgemeinschaft der deutschen Bundsratgewerbetreibenden. Ein neuer Tarifvertrag für die Metallarbeiter, verbunden mit einem Reichsarbeitsrat für Metallarbeiter und Hilfsarbeiterinnen, kam für die Dauer von zwei Jahren zum Abschluß.

* Nürnberg, 19. Nov. Der befristete seit längerer Zeit in Kellnerkreise, in dem nun wachsende Erörterung der Ausföhrung zum Terror zu führen beginnt. So wurde in einer Versammlung der Anteil Schütz der Versuch gemacht, einen arbeitsschaffenden Kellner herauszuholen und ihn in die Pörmig zu werfen.

* Brüssel, 19. Nov. Das Ministerium ist endgültig gebildet mit Carton de Wiart als Ministerpräsident und Inneres, Vanderelde Justiz, Jansen Justiz, Deryze Verteidigung, Oberst Thonny Finanzen.

* Drezan, 19. Nov. Im Laufe des Tages griffen Ausföhrungen von General Polkman für die eingerichteten Posten von Albans an. Nach hartem Kampf wurde der Posten befreit und der Feind, der beträchtliche Verluste erlitt, zurückgemworfen.

Aus aller Welt

* Danau, 20. Nov. In dem in der Stadtverordnetenverwaltung bestehenden Konflikt hat die Regierung jetzt die Auflösung der Stadtverordnetenversammlung angeordnet. Bis zur Neuwahl werden die städtischen Verwaltungsgeschäfte einschließlich der dem Magistrat zugehörigen durch einen zu beauftragenden Staatskommissar geführt werden.

* Bad Orb, 19. Nov. Wiederum suchten Eindringlinge unsere Pfarrkirche heim. Nach Erbrechen der beiden Tabernakelstufen ließen ihnen ein kleiner Speisekeller und eine Notmutter in die Hände. Leider hat das Schloß der Schloßkirche sich nicht als unerschütterlich bewährt, wofür es galt. Nach Einnahme desselben haben die Diebe sämtliche verfügbaren Schätze und Behälter erbrochen und die zum täglichen Gebrauch notwendigen Gefäße und Geräte geraubt, bis zu den Rückständen und Tausendern mit den hl. Reliquien und Reliquienresten aus dem Innern.

* Badalageheim bei Bingerbrück, 19. Nov. Da die hiesigen Bergwerke schon seit Monaten keinen Abgang mehr für ihre Erze haben, weil die Hochflut am Niederrhein infolge Kohlenmangels ausgetreten werden mußten, werden aber die Bergleute jetzt hier entlassen. Wenn die Gewerkschaft im Ausland keine Abgabemöglichkeit findet, wird in Kürze der ganze Betrieb hier still gestellt.

* Karlsruhe, 20. Nov. Am 15. Nov. besetzte eine Kompanie Sicherheitswehr das Dorf Uffeln (K. Offenburg), unweit der Bahnstation Appenweier an der Grenze der neutralen Zone, um die Ablieferung des Getreides zu erzwingen, da fast 550 tfr 150 Doppelzentner abgeliefert worden waren. Als die Wagen beladen und bereit waren zur Abfahrt, lösteten die Bauern Sturm, worauf die Bauern die Wagen bürsteten und die Getreidebälle an sich rissen. Am und im Natheile kam es zu Zusammenstoßen; es wurden die Fensterhebel eingeschlagen, der Telephonapparat abgeschossen, die Wehr dort entworfen. Erst als durch Signale die die dort versammelte Mannschaft gesammelt war und diese mit aufgeplantem Seitengewehr und Gummiknüppeln gegen die Menge vorging, ließ diese von den Wagen ab, die nun regerlos verblieben.

Sichtlich befangen, vermittelte die Gefährtin auf die gerügten Bild und erwiderte sie:

„Sie mußten verkommen, denn als einen Toten betrauerte ich Sie und gebunden war ich an einen anderen! Doch jetzt — die Sprecherin zwang sich zu einem gehaltenen Ton — jetzt erzählen Sie, Heinrich! Sie werden begreifen, daß ich keinen dringenderen Wunsch kenne, als zu erfahren, wie sich Ihr Leben gestaltet hat, wie Sie das Schwere in den langen Jahren ertragen!“

Ein trauriges Rägeln umspielte die Lippen Heinrich Sebalds, als er erwiderte:

„Ein Vertrauen ist des anderen wert! Wie Sie mich einen Einblick in Ihr Seelenleben gestattet haben, sollen Sie auch erfahren, was das Leben mit gebracht hat!“

Und langsam in dem Raume auf und ab schreitend, fuhr der Sprecher nach einer Pause fort:

„Von meinem Seelenzustande nach seiner verhängnisvollen Maternacht, von meinem inneren Ringen will ich schweigen, denn Worte vermögen nicht zu schildern, was ich erduldet. Wie sein anderer Mensch auf Erden, können Sie, Emilie, wohl errathen, wie mir umme gewesen ist! Sollen Sie mich Ihnen in kurzen Umrissen meine Leidgeschichte schildern — erzählen, was aus mir geworden ist!“

Wieder machte Heinrich Sebald eine Pause und fuhr dann fort:

„Ich muß weit ausholen! Krant an Körper und Seele, betrat ich damals den Boden der neuen Welt. Meine Gemütsverfassung war eine so niedergedrückte, daß ich unempfindlich für alle die Eindrücke blieb, welche das gewaltige Leben und Treiben dort drüben auf den neuen Kontinent ausübte, und stumm lebte ich in den Tag hinein, ohne an die Zukunft zu denken. Das Schicksal rüttelte mich auf. Ein gehendes Nieder warf mich auf das Krankenlager, und als ich genas, da waren meine Kräfte vollständig erschöpft.“

(Fortsetzung folgt)

* Pöffe und Bröle. Die Nacht des Geistes ist doch wunderbar! — Da, schon dreimal habe ich deswegen meine Wohnung wechseln müssen.

Stimme des Blutes

Roman von Fritz Rühl.

(19.) Auch bei Heinrich Sebald hatte sich die durch das unerwartete Wiedersehen der ehemaligen Geliebten hervorgerufene Wallung verflüchtigt. Sein Leben trug wieder das gewohnt fähige gemessene Gepräge, als er mit einem leichten Reigen des Kopfes erwiderte:

„Eine geeignete Vermittlerin als Sie hätte Konstantin nicht wählen können, verehrte Freundin! Ihnen gegenüber werde ich meine Ansprache auf das äußerste Maß beschränken, aber —“

„Konstantin hat nicht um meine Vermittlung gebittet!“ unterbrach Frau Emilie Mallow den Sprecher. „Aus eigenem Antrieb bin ich gekommen, weil ich den Weg kenne, auf dem sich alles in Frieden schlichten läßt.“

„Zeigen Sie mir den Weg und ich bin der Letzte, der ihn weicht, wenn Sie mich führen, Emilie!“ entgegnete Heinrich Sebald. „Kenne ich doch keinen jehtlicheren Wunsch, als die Ehre meines Namens hier im alten Vaterlande wiederhergestellt zu wissen, ohne daß der Frieden dieses Hauses gefährdet wird. Was ich in meinem Schreiben von Konstantin forderte — darauf muß ich bestehen! Sind auch schon Jahrzehnte seit der verhängnisvollen Katastrophe vergangen, die mich heimlich gemacht hat und leben auch vielleicht nur noch wenige, die um meine vermeintliche Missetat wissen — das Vergeht von derselben hat sich bis zu dieser Stunde erhalten, wie ich von meinem Sohne Franz erfahren habe. Es muß zum Schlimmen gebracht werden, wenn ich frei atmen und mich von ganzem Herzen der Heimat wieder freisen soll! Ich weiß es, verehrte Freundin, daß Sie sich in meine Geschickseligkeit hineinversetzen können, daß Sie es verstehen, wenn der Mann, der jahrzehntelang das nagende Elend, die Sehnsucht nach dem armen Vater niedergeworfen hat, seine heiligen Rechte fordert!“

„Glauben Sie mir, daß ich von ganzem Herzen mit Ihnen stehe, Heinrich!“ erwiderte Frau Mallow. „Gelte ich eine Wohnung gehabt, daß Sie

Kranzplatz 10.
Eigene Heizungsanlage,
großes Licht, Bedienung
10 Baderkosten Wfl. 15,-
einfach, Reinheit und
Giebel-Hofraum.